

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.11.2005**

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: Anlage 1

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

##### **Protokoll:**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

##### **Protokoll:**

Die Verwaltung bat:

- die als TOP 7 vorgesehene Vorlage - Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes ... - in der Sitzung des Ausschusses im Dezember zu beraten, da der Bildungsausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben habe;
- die Thematik des ursprünglich geplanten TOP 16 - Probleme Opernhaus Halle - ebenfalls im Dezember zu beraten, da der Intendant zu einer Dienstreise sei;
- als Dringlichkeitsvorlagen folgende TOP aufzunehmen: Mehrausgabe für Zuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen sowie Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2005 – Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 08.11.2005, AZ:304.2.2-10402-hal-hh05.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. November 2005 – öffentlicher Teil

Herr Weiland regte an, die Probleme des Opernhauses zusammen mit dem diesbezüglichen Fachkonzept zu beraten. Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass es sich um schwerwiegende Probleme mit dem laufenden Haushalt handele.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit den Änderungen einstimmig einverstanden.

### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 18.10.2005
4. Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2004  
Vorlage: IV/2005/05216
5. Wirtschaftsplan 2006 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2005/05214
6. Vertrag über das Industrie- und Gewerbegebiet Halle-Queis  
Vorlage: IV/2005/05241
7. Überplanmäßige Ausgaben für Zuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: IV/2005/05369
8. Beitritt der Stadt Halle (Saale) in den Verein "Academy of Media and Arts"  
Vorlage: IV/2005/05206
9. Änderung der Grundsatzvereinbarung für den Abschluss von Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gemäß §§ 77/78 ff SGB VIII  
Vorlage: IV/2005/05286
10. Anpassung Nahverkehrsplan - Vorlage: IV/2005/05337
11. Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2005  
Vorlage: IV/2005/05228
12. Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2005 - Vorlage: IV/2005/05229
13. Erneuerung der Verwaltungskostensatzung - Vorlage: IV/2005/05105
14. Antrag auf Mehrausgaben für die Gestaltung Riebeckplatz, für den Zuschuss des Eigenbetriebes Kulturinsel, für die Stadtsanierung, Gebiet Große Märkerstraße, für die Gewerbesteuerumlage und für die Fußgängergalerie Neustadt im Haushaltsjahr 2005, während der vorläufigen Haushaltsführung - Vorlage: IV/2005/05315

15. Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe für Abfallbeseitigung - Erstattung an kommunale Sonderrechnung - Vorlage: IV/2005/05190
16. Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2005 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 08.11.2005, AZ: 304.2.2-10402-hal-hh05  
Vorlage: IV/2005/05444
17. Fortschreibung der Abwasserzielplanung der Stadt Halle (Saale) aus den Jahren 1993/2002  
Vorlage: IV/2005/05244
18. Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 14. Dezember 2005  
Vorlage: IV/2005/05239
19. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 9.1. Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE Konzeption zur Errichtung eines Beteiligungsfonds  
Vorlage: IV/2004/04315
  - 9.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung des kostenfreien Parkens in der halleschen Innenstadt an Samstagen zur weiteren Belebung des Einkaufsgeschehens  
Vorlage: IV/2005/05158
  - 9.3. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Bewerbung um die Landesgartenschau 2010  
Vorlage: IV/2005/05146
  - 9.4. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur nachhaltigen Energieversorgung städtischer Gebäude zu wettbewerbsfähigen Preisen  
Vorlage: IV/2005/05219
  - 9.5. Antrag des Stadtrates Misch zur Behandlung der Abläufe bei der Stellenausschreibung Kulturmanager
20. Anfragen von Stadträten
  - 20.1. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"  
Vorlage IV/2005/05226 (Diskussion)
  - 20.2. Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur zentralen Vorverkaufskasse  
Vorlage IV/2005/05220 (Diskussion)
21. Beantwortung von Anfragen
22. Anregungen
23. Mitteilungen

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am  
18.10.2005**

---

**Protokoll:**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.10.2005 wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

**zu 4      Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)  
für das Wirtschaftsjahr 2004  
Vorlage: IV/2005/05216**

---

**Protokoll:**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2004 wird festgestellt.
2. Der Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2004 gemäß § 18 (4) Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Gewinn von 6.615,65 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

**zu 5      Wirtschaftsplan 2006 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle  
(Saale)  
Vorlage: IV/2005/05214**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Frau Wolff, Frau Szabados und Frau Ernst.

Auf Anregung von Herrn Bönisch sagte Frau Szabados zu, die Frage der Einnahmen aus privaten Liquidationen im Eigenbetriebsausschuss des PKH zu beraten und die Erfahrungen der Leipziger Einrichtung St. Georgen einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, entsprechend § 10 (2) der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) den Wirtschaftsplan 2006 zu beschließen.

**zu 6      Vertrag über das Industrie- und Gewerbegebiet Halle-Queis  
Vorlage: IV/2005/05241**

---

**Protokoll:**

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Frau Müller und Herr Willecke.

Frau Müller erläuterte, dass die geplanten Einnahmen in den Haushaltsplan des Jahres 2006 eingestellt werden. Herr Willecke ergänzte, dass sich die Splittung auf VWH und VMH aufgrund der Prüfung eines Sachverständigenbüros ergibt.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Vertrag über das gemeinsame Industrie- und Gewerbegebiet Halle-Queis vom 22.12.1993 wird mit Wirkung zum 31.12.2005 aufgehoben und durch einen neuen Vertrag ersetzt, der dieser Vorlage beigefügt ist.

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH : 400.000,00 EUR  
VermHH : 800.000,00 EUR

**zu 7      Überplanmäßige Ausgaben für Zuschüsse an freie Träger Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: IV/2005/05369**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Ewert, Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Frau Szabados, Herr van Rissenbeck und Frau Müller.

Frau Szabados und Herr van Rissenbeck erläuterten, dass sich die Anzahl der geplanten zu betreuenden Kinder um 274 erhöht habe. In der Stadt haben 908 Kinder einen Wechsel von der Halbtags- auf die Ganztagsbetreuung vollzogen. Weiterhin wurden mehr Ermäßigungsanträge als erwartet gestellt. Da sich der Nachweis einer Deckung für die Mehrausgabe als schwierig erwies, konnte die Vorlage nur als Dringlichkeitsvorlage eingereicht werden. Der Deckungsvorschlag sei zu verantworten, da im Rahmen des SGB II eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt werden konnten und sich das laufende Jahr dem Ende neige. In den städtischen Kindereinrichtungen sei kein Aufwuchs zu verzeichnen, da Neuanmeldungen an freie Träger umgelenkt worden seien.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Mehrausgaben zur Gewährleistung der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gemäß § 11 Absatz 4 KiFöG gegenüber den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen zur Erstattung der für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen notwendigen Betriebskosten in Höhe von 2.805.400 € zu.  
Der Deckung der Mehrausgaben wird, wie in der Begründung dargestellt, zugestimmt.

**zu 8      Beitritt der Stadt Halle (Saale) in den Verein "Academy of Media and Arts"  
Vorlage: IV/2005/05206**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Schramm, Herr Bönisch und Frau Szabados.

Herr Schramm informierte, dass in der Sitzung des Kulturausschusses ausführlich über die Thematik gesprochen wurde, mit dem Ergebnis, dass der Beitritt in den Verein von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung in diesem Bereich und sehr sinnvoll sei.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Halle in den Verein "Academy of Media and Arts e.V." vorzunehmen.

**zu 9      Änderung der Grundsatzvereinbarung für den Abschluss von Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gemäß §§ 77/78 ff SGB VIII  
Vorlage: IV/2005/05286**

---

**Protokoll:**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim führte Frau Szabados aus, dass die Vereinbarung auf prozentualer Grundlage geschlossen werde, da konkrete Zahlen im Vorfeld nicht bekannt seien. Die erwarteten Einsparungen (in verschiedenen Bereichen – insgesamt ca. 700 T€) seien ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Über die konkreten Auswirkungen werde sie unaufgefordert zu gegebener Zeit im Fachausschuss berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Änderungen der Grundsatzvereinbarung vom 19.12.2002 für den Abschluss von Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gemäß §§ 77/78 ff SGB VIII und ihre Umsetzung ab 1.1.2006.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Mit der Aushandlung der neuen Grundsatzvereinbarung soll ein Beitrag zur Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (Beschluss des Stadtrates 31.08.2005, Nr.

IV/2005/05174) geleistet werden. Insbesondere mit der Reduzierung der Pauschale für Verwaltungskosten von bisher bis zu 10% auf 5 % der Bruttopersonalkosten unter Anwendung eines Personalschlüssels wird u. a. das Ziel verfolgt, den Kostensteigerungen (Betriebs- und Personalkosten) vorausschauend entgegen zu wirken.

**zu 10      Anpassung Nahverkehrsplan  
Vorlage: IV/2005/05337**

---

**Protokoll:**

Herr Misch informierte, dass die Vorlage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung mit 2 Gegenstimmen angenommen wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
2 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Veränderung des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) 2002-2006 im Punkt 5.3.6 Taktzeiten und in der Anlage 1 des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages auf einen 15 Minuten-Grundtakt im Straßenbahnverkehr. Die sich aus dieser Veränderung ergebenden Konsequenzen sind mit den geringsten Auswirkungen für die Fahrgäste umzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, bis Ende 2006 dem Stadtrat einen veränderten Nahverkehrsplan vorzulegen. Gleichzeitig ist der VBFV mit der VVV und der HAVAG neu zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.
3. Der Stadtrat beschließt, zur Sicherung der Maßnahmen aus den Mitteln des ÖPNV-Gesetzes des Landes, der HAVAG 3,5 Mio. € aus dem Verwaltungshaushalt und 2,7 Mio. € aus dem Vermögenshaushalt zur Verfügung zu stellen.

**zu 11      Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) vom  
14.12.2005  
Vorlage: IV/2005/05228**

---

**Protokoll:**

**Herr Weiland** stellte folgenden **Änderungsantrag:**

Dem Beschlussvorschlag sind neu anzufügen:

3.

Der ortsüblichen Bekanntmachung der Satzung sind die folgenden Hinweise zur Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln beizufügen:

#### Hinweise zur Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln

Pflanzenschutzmittel dürfen nach § 6 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz nur auf Freilandflächen ausgebracht werden, die landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

Nicht zu diesen Flächen zählen eindeutig Feldraine, Böschungen, nicht bewirtschaftete Flächen, Straßen, Wege (auch Gehwege mit Verbundsteinbelag oder Platten) und Plätze einschließlich deren Ränder.

Eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf solchen Flächen ohne Genehmigung ist verboten! Sie stellt eine Ordnungswidrigkeit oder einen Straftatbestand dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden können. Dies gilt für alle Pflanzenschutzmittel, also auch für solche, die z. B. in Bau- und Gartenmärkten erhältlich sind. Ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf nicht landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen beabsichtigt, muss hierfür vorher eine Ausnahmegenehmigung bei der zuständigen Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau, Silberweg 5, 39128 Magdeburg, beantragt werden.

Beachten Sie die gesetzlichen Vorgaben und leisten Sie damit einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz in ihrem Umfeld, denn vor allem von befestigten Wegen und Plätzen können Pflanzenschutzmittel bei Niederschlägen abgewaschen werden und Kläranlagen und Gewässer belasten.

4.

Insofern die Reinigung nicht den Eigentümern der durch öffentliche Straßen erschlossenen Grundstücke übertragen wird, verzichtet die Stadt Halle (Saale) auf den Einsatz von Herbiziden bei der Straßenreinigung

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Misch, Herr Felke, Herr Dr. Meerheim und Herr Braunisch.

Herr Braunisch führte aus, dass das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln im entsprechenden Bundesgesetz geregelt und eine Doppelnennung unzulässig sei. Er betonte mehrfach, dass seit 1995 die Stadtwirtschaft, als auftragsausführendes Unternehmen der Stadt, in keinem einzigen Fall beauftragt worden sei, im Auftrag der Stadt Halle (Saale) Herbizide zu verwenden.

Herr Misch führte aus, dass die Stadtwirtschaft Halle GmbH in der Vergangenheit entsprechende Anträge auf Ausnahmegenehmigungen bei der zuständigen Behörde gestellt habe.

Im Ergebnis der Diskussion einigten sich die Mitglieder darauf, dass die Verwaltung beauftragt wird, zu Beginn der Vegetationsperiode entsprechende Hinweise zur Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln im Amtsblatt zu veröffentlichen. Der Antragsteller erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

#### **Abstimmung zu Punkt 4 des Antrages:**

2 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis der Vorlage:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1.  
Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2005.
2.  
Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

**Finanzielle Auswirkung:**

keine

**zu 12      Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2005  
Vorlage: IV/2005/05229**

---

**Protokoll:**

Herr Braunisch sagte aufgrund einer geäußerten Bitte zu, bei der nächsten Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung die am häufigsten gereinigten Straßen mit der Ziffer I und die am wenigsten gereinigten Straßen mit der Ziffer VII zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1.  
Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2005.
2.  
Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

Finanzielle Auswirkung:

Bei Änderung der Satzung werden jährlich 1.624.479 Euro als Einnahmen eingestellt.  
Haushaltsstelle: VerwHH : 1.6750.110500

**zu 13 Erneuerung der Verwaltungskostensatzung  
Vorlage: IV/2005/05105**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Weiland, Herr Felke, Herr Dr. Meerheim und Herr Bönisch und Frau Wegeleben (FB 20).

Frau Wegeleben begründete die Notwendigkeit der Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung. **Die Verwaltung sagte aufgrund der Bitte des Ausschusses bis zum 21.11.2005 (vor den Fraktionssitzungen) eine Aufzeigung der Veränderungen zu.**

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung).

**zu 14 Antrag auf Mehrausgaben für die Gestaltung Riebeckplatz, für den Zuschuss des Eigenbetriebes Kulturinsel, für die Stadtsanierung, Gebiet Große Märkerstraße, für die Gewerbesteuerumlage und für die Fußgängergalerie Neustadt im Haushaltsjahr 2005, während der vorläufigen Haushaltsführung  
Vorlage: IV/2005/05315**

---

**Protokoll:**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt,

1. die Mehrausgaben für
  - a.) Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz in Höhe von 498.000 EUR,
  - b.) Eigenbetrieb Kulturinsel in Höhe von 408.300 EUR,
  - c.) Stadtsanierung, Gebiet Große Märkerstraße in Höhe von 231.000 EUR unter Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung 2005 vom Landesverwaltungsamt,
  - d.) Gewerbesteuerumlage in Höhe von 359.000 EUR,
  - e.) Fußgängergalerie Neustadt in Höhe von 347.200 EUR.
2. Der Deckung dieser Mehrausgaben wird, wie in den Begründungen dargestellt, zugestimmt.

**zu 15      Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe für Abfallbeseitigung –  
Erstattung an kommunale Sonderrechnung  
Vorlage: IV/2005/05190**

---

**Protokoll:**

Auf Anfrage von Herrn Weiland erläuterten Herr Doege und Frau Balleyer, dass die derzeitige Mehrausgabe im Endergebnis für die Stadt Halle (Saale) keine finanzielle Mehrbelastung bedeute, da es sich um den Gebührenhaushalt handele. In der Vergangenheit wurde ebenfalls so verfahren.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 177.000 EUR für die Abfallentsorgung.
2. Der Deckung dieser Mehrausgabe wird, wie in der Begründung dargestellt, zugestimmt.

**zu 16      Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale)  
für das Haushaltsjahr 2005 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen  
Genehmigung vom 08.11.2005, AZ: 304.2.2-10402-hal-hh05  
Vorlage: IV/2005/05444**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland und Frau Müller.

Auf Bitte des Ausschusses sagte Frau Müller **bis zum 29.11.2005** eine Aufstellung über die Auswirkungen der Kreditversagung und der nicht genehmigten Verpflichtungsermächtigungen sowie eine Aufstellung über die Liquiditätsplanung der Stadt Halle (Saale) zu.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 4 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA), in der derzeit gültigen Fassung, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zu der folgenden durch das Landesverwaltungsamt am 08.11.2005, AZ: 304.2.2-10402-hal-hh05, im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens zur Haushaltssatzung 2005 der Stadt Halle (Saale) ergangenen Entscheidung:

1. "Die Genehmigung des in § 2 der Haushaltssatzung auf 7.000.000 EUR festgesetzten Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird versagt."
2. "Der in § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen ist in Höhe von 6.130.800 EUR genehmigungspflichtig. Die Genehmigung hierfür wird versagt."

**zu 17 Fortschreibung der Abwasserzielplanung der Stadt Halle (Saale) aus den Jahren 1993/2002  
Vorlage: IV/2005/05244**

---

**Protokoll:**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:  
Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die Fortschreibung der Abwasserzielplanung der Stadt Halle (Saale).

**zu 18      Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 14. Dezember 2005**  
**Vorlage: IV/2005/05239**

---

**Protokoll:**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 14. Dezember 2005 auf der Grundlage der Fortschreibung der Abwasserzielplanung, Stand 2005.

**Finanzielle Auswirkung:**

Keine, Gebührenhaushalt

**zu 19      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 19.1    Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE Konzeption zur Errichtung eines participationsfonds**  
**Vorlage: IV/2004/04315**

---

**Protokoll:**

Frau Wolff wies darauf hin, dass die im Antrag genannte Jahreszahl auf 2005 geändert werden müsse und die Verwaltung bereits ein dem Antrag entsprechendes Konzept zur Sitzung im Dezember 2005 avisiert habe. Die Beschlussfassung über den Antrag sei Formsache.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, dem Stadtrat eine Konzeption zur Errichtung eines Beteiligungsfonds zu erarbeiten und diese bis zu seiner Sitzung im Dezember (2004 geändert in) 2005 vorzulegen.

**zu 19.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung des kostenfreien Parkens in der halleschen Innenstadt an Samstagen zur weiteren Belegung des Einkaufsgeschehens**  
**Vorlage: IV/2005/05158**

---

**Protokoll:**

Herr Felke führte aus, dass die Zahlen in der Beantwortung der Verwaltung nicht nachvollziehbar seien und der Antrag einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung in der Stadt leisten solle.

Herr Dr. Pohlack erläuterte die Zahlen und wies darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) aufgrund ihrer derzeitigen Haushaltssituation gar nicht auf Einnahmen verzichten dürfte. Weiterhin müsse bedacht werden, dass den privaten Betreibern von Parkflächen mit großer Wahrscheinlichkeit Einnahmeverluste entstehen und ein Suchverkehr nach kostenlosen Parkflächen provoziert werden würde. Die Citygemeinschaft könne in anderen Städten nach Möglichkeiten suchen, wie diese das Ansinnen des Antrages umsetzen (z. B. Rückerstattung der Parkgebühr ab einem gewissen Wert des Kaufes).

**Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die durch die Stadt Halle (Saale) bewirtschafteten Parkplätze in der halleschen Innenstadt künftig an Samstagen ganztägig kostenlos genutzt werden können. Dabei sind insbesondere die Höhe der zu erwartenden Einnahmeverluste sowie die positiven Effekte hinsichtlich einer wirtschaftlichen Belegung durch Steigerung der Besucherzahl zu beurteilen.

**zu 19.3 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Bewerbung um die Landesgartenschau 2010**  
**Vorlage: IV/2005/05146**

---

**Ergebnis:**

Herr Wehrich hat seinen Antrag im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses zurückgezogen.

**zu 19.4 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur nachhaltigen Energieversorgung städtischer Gebäude zu wettbewerbsfähigen Preisen  
Vorlage: IV/2005/05219**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim und Frau Wolff.

Herr Weiland führte aus, dass die notwendigen Investitionskosten eventuell von dem spezialisierten Energiedienstleistungsunternehmen, mit dem das Contracting abgeschlossen wurde, übernommen werden könnten. Er stellte einen Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Die Beschlusspunkte wurden einzeln abgestimmt:

**Punkt 1 - Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Punkt 2 - Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Punkt 3 - Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Punkt 4 - Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverwaltung und der Eigenbetrieb ZGM der Stadt Halle (Saale) werden beauftragt, aus dem verwalteten Gebäudebestand mindestens fünf kommunale Liegenschaften als Pool für ein Energiespar-Contracting-Modell in Halle auszuwählen,

eine notwendige Feinanalyse zu realisieren und die Ausschreibungen zu veranlassen. Die ausgewählten Gebäude sollen exemplarisch die unterschiedlichen Energiebedarfsstrukturen repräsentieren:

- wärmeorientiert
- mit hohem Warmwasseranteil
- mit hohem Stromanteil
- saniertes Objekt
- un- oder teilsaniertes Objekt.

Die Ausschreibungen werden so strukturiert, dass vor allem die lokalen und regionalen Anbieter eine Chance auf den Zuschlag bekommen.

Bei der Auswahl der Contracting-Angebote ist insbesondere Wert zu legen auf langfristige Preisstabilität und nachhaltige Sicherheit der Energieversorgung (Reduzierung der Abhängigkeit von Marktentwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt).

2. Die Stadtverwaltung und der Eigenbetrieb ZGM der Stadt Halle (Saale) werden beauftragt, an einer geeigneten Dach- oder Fassadenfläche eines kommunalen Gebäudes ein Modellprojekt aus dem Bereich der Solarthermie zu realisieren.
3. Die Stadtverwaltung und das ZGM werden beauftragt, über die Umsetzung der Maßnahmen dem Stadtrat jährlich zu berichten.
4. Der Stadtrat beschließt, im Haushalt 2006 ein spezielles Budget für Energiesparmaßnahmen einzurichten.

## **zu 19.5 Antrag des Stadtrates Misch zur Behandlung der Abläufe bei der Stellenausschreibung Kulturmanager**

---

### **Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Dr. Meerheim und Frau Szabados.

Frau Szabados sagte für die Sitzung des Hauptausschusses am 16.11.2005 eine mündliche Information zu, wann die Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes abgeschlossen sein werden und wann die Thematik im Rechnungsprüfungs- und im Hauptausschuss beraten werden wird.

Herr Misch kündigte eine Dienstaufsichtsbeschwerde an, falls die Prüfung und Information nicht zeitnah erfolgen.

## **zu 20 Anfragen von Stadträten**

---

### **Protokoll:**

#### Zweitwohnsitzsteuer

Frau Wolff fragte, welche Auswirkungen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes habe, dass Kommunen von Verheirateten keine Steuern mehr auf eine berufsbedingte Nebenwohnung verlangen dürfen und der Erste Senat die entsprechenden Satzungen der Städte Hannover und Dortmund für verfassungswidrig und nichtig erklärte.

Frau Müller führte aus, dass das Urteil nicht schriftlich vorliege. Zurzeit seien 15 diesbezügliche Anfragen gestellt. Sie sagte eine unaufgeforderte Beantwortung zu einem späteren Termin zu.

**zu 20.1 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule" Vorlage IV/2005/05226 (Diskussion)**

---

**Protokoll:**

Frau Wolff führte aus, dass der Antrag bereits im Rahmen der Haushaltsdiskussion erörtert worden sei und die Verwaltung darüber informiert wurde.

**zu 20.2 Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur zentralen Vorverkaufskasse Vorlage IV/2005/05220 (Diskussion)**

---

**Protokoll:**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Schramm, Frau Wolff, Frau Pinzler und Frau Dr. Richter. (Herr von Sohl wurde entschuldigt, da er krank sei.)

Die Mitglieder führten aus, dass es nicht nachvollziehbar sei, wie der Kostendeckungsgrad errechnet wurde. Weiterhin wurde nicht das avisierte Ziel der Ausgliederung, ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, erreicht. Der Service und die Auskunftsfähigkeit des Personals über den Inhalt der Vorstellungen müsse deutlich verbessert werden.

**Ergebnis:**

Herr Bönisch wird auf die Einrichtungen zugehen und seine Fragen konkreter zu stellen, um die gewünschten Antworten zu erhalten.

Herr Schramm bot seine Unterstützung beim Nachweis des Kostendeckungsgrades an.

**zu 21 Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

Folgende Beantwortungen lagen vor:

- Phänomene und Veranstaltung „Bedeutung der naturwissenschaftlichen Bildung für die Zukunft der Gesellschaft;  
(Ausführungen zu den Kosten von Phänomene werden für die Sitzung im Dezember 2005 nachgereicht.)
- Finanzierung der Ausschreibung des Sport- und Freizeitzentrums Hufeisensee;

- Einführung der „Welcome Card“ durch die Stadtmarketing GmbH;  
Frau Szabados führte aus, dass die diesbezügliche verwaltungsinterne Abstimmung noch nicht abgeschlossen sei und kündigte die Beantwortung in der Hauptausschusssitzung am 16.11.2005 an.
- Ausgabe von Frauen-Nacht-Taxi-Gutscheinen 2005;
- Ergänzung der Anfrage zum erstmaligen Einsatz von Mitgliedern des Händelfestspielorchesters auf der Konzertmeisterposition und
- die Erläuterungen, welche Positionen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Jahresabschlusses 2004 der Zoologischen Garten Halle GmbH beinhalten.

Mündlich führte Herr Dr. Pohlack zur Anfrage

- Papierkörbe auf dem Marktplatz aus, dass diese mit integriertem Aschenbecher von ihrer Funktionalität und Größe her richtig seien und sich bereits bewährt haben. Die Papierkörbe seien Bestandteil der Gesamtgestaltung des Marktplatzes. Die Entleerung der Papierkörbe nach Benutzung eines speziellen Schlüssels verhindert das Auskippen des Inhalts durch Unbefugte.

## zu 22 Anregungen

---

### Protokoll:

#### Finanzielle Auswirkungen

Herr Bönisch bat die Verwaltung, unbedingt bei jeder Vorlage darauf zu achten, dass im Deckblatt die Angaben zu den finanziellen Auswirkungen der Vorlagen bezüglich der Haushaltsstelle und der Höhe der Ausgaben / Einnahmen vermerkt werden.

#### Beitrag der städtischen Wohnungsunternehmen zur Haushaltskonsolidierung

„An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Felke und Herr Dr. Pohlack.

Herr Dr. Pohlack informierte, dass die anfänglichen Schwierigkeiten bezüglich zahlreicher Ansprechpartner für die Wohnungsunternehmen dahingehend behoben werden konnten, dass er von Frau Oberbürgermeisterin Häußler gebeten wurde, die Koordinierung zu übernehmen. Dass bezüglich der Grundstücke und Zahlungen teilweise unterschiedliche Vorstellungen zwischen Wohnungsunternehmen und Stadt vorliegen, liege in der Natur der Sache.

#### Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement

Da in den Jahren 2004 und 2005 kein ersichtlicher Beitrag des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement zur Haushaltskonsolidierung erzielt werden konnte, wird angeregt, dass die Verwaltung einen Vorschlag einbringt, wie mit dem Eigenbetrieb weiter umgegangen werden sollte.

#### Übersicht zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes mit Stand vom 30.09.2005

Herr Schramm machte darauf aufmerksam, dass einige Positionen bereits zum 30.09.2005 über 100% liegen.

Es wurde festgelegt, in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 06.12.2005 über den Kulturbereich anhand der Zahlen per 31.10.2005 zu diskutieren.

## zu 23      Mitteilungen

---

### Protokoll:

Frau Szabados informierte darüber, dass die Stadt davon ausgehen müsse, dass auf sie 7 – 8 Mio. € Zuschusserhöhung (zurzeit ohne Deckung) im Bereich der Kosten der Unterkunft zukommen werden. Bei der Gründung der ARGE wurde von ca. 17.000 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen. Tatsächlich seien 24.000 Bedarfsgemeinschaften zu bearbeiten. Die Wohngelderstattung durch das Land sei noch nicht genau bekannt. Es werde (ausgehend von den derzeit gezahlten Abschlägen) von einer Verbesserung für die Stadt ausgegangen. Auch auf den Kita-Bereich habe die Vielzahl von Bedarfsgemeinschaften große Auswirkungen, weil viel mehr Ganztagsplätze in Anspruch genommen werden und mehr Ansprüche auf Ermäßigung bestehen. Dieser Trend wird sich im Jahr 2006 fortsetzen. Eine Lösung könne momentan nicht angeboten werden. Frau Szabados lege aber großen Wert darauf, dass der Ausschuss für Finanzen über die Entwicklung schnellstmöglichst nach Bekanntwerden informiert sei.

Die Ansätze für das nächste Jahr werden auf der Grundlage der Ist-Zahlen des Jahres 2005 erarbeitet.

Dr. Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Szabados  
Bürgermeisterin

Beßler  
Protokollantin  
Referentin GB I